

Jürgen Morlok

50 Jahre Einsatz für die Marktwirtschaft

Prof. Dr. Jürgen Morlok,
*Vorsitzender des Kuratoriums der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.*

Seit über einem halben Jahrhundert haben wir in Deutschland die soziale Marktwirtschaft. Sie verknüpft die Freiheit des Marktes mit dem Gebot des sozialen Ausgleichs. Ein hohes Maß an Wohlstand und politischer wie sozialer Stabilität ist daraus erwachsen. Obwohl dieses Konzept nicht unumstritten war, gab der ökonomische Erfolg ihm Recht. Das Wirtschaftssystem, das Ludwig Erhardt aus der Taufe hob, legte den Schwerpunkt auf den Markt und die freie Preisbildung. Das Credo lautete: Wirtschaftswachstum ist die beste Sozialpolitik. Eine funktionierende Marktwirtschaft strebt danach, die soziale Frage gar nicht erst aufkommen zu lassen.

In dieser Tradition nimmt die Friedrich-Naumann-Stiftung nun seit 50 Jahren ihre Aufgabe als politische Stiftung wahr. Neben anderen wichtigen Anliegen wie Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte ist die Verfechtung der Marktwirtschaft seit jeher eines der zentralen Themen der Stiftungsarbeit. Die Stiftung stellt Foren zum Dialog, Austausch und Beratung, organisiert Veranstaltungen, pflegt ein Netzwerk liberaler Praktiker und Wissenschaftler und

publiziert Bücher und Broschüren zu aktuellen und relevanten Themen. Die Stiftung informiert, klärt auf und berät im Sinne einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die herausragende Bedeutung der Marktwirtschaft begründet sich dadurch, dass Rechtsstaatlichkeit und eine freie Wirtschaftsordnung die zwei Seiten derselben Medaille namens liberale Gesellschaft sind. Der ungehinderte und spontane Austauschprozess, der stattfindet sobald Menschen mit unterschiedlichen Zielen, Interessen und Bedürfnissen in einer Gesellschaft aufeinander treffen – und nichts anderes ist der freie Markt¹ – ist eine ebenso grundlegende Voraussetzung wie die Sicherung von Grundrechten. Dieses System einer freien Rechts- sowie Wirtschaftsordnung ist, davon ist die Stiftung überzeugt, das beste und gerechteste System gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die Gefahr der schwindenden Freiheit

Dieses System gerät aber seit einigen Jahren zunehmend unter Druck. Die Ansprüche und Erwartungen wurden in den letzten Jahrzehnten stetig genährt, während das durch Leistung erwirtschaftete Gut immer geringer ausfiel und dem globalen Wettbewerb standhalten musste. Die altbewährte Ordnung der Bundesrepublik, die Leistung ermutigt und zu Wohlstand führt, wird durch immer neue Eingriffe schleichend zersetzt. In den letzten Jahrzehnten sind die Bundes- und Landesregierungen sowie die europäische Gesetzgebung durch immer neue Auflagen und Regulierungen für die Wirtschaft aufgefallen. Die Wirtschaftspolitik ist immer mehr mit der Verteilung beschäftigt, anstatt sich auf die Gewährleistung der Wettbewerbsfreiheit zu beschränken. Deshalb ist über Jahrzehnte die Arbeitslosigkeit gestiegen und deshalb wird nun die beginnende Erholung auf dem Arbeitsmarkt leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die tragenden Säulen der Wirtschaftsordnung – Wettbewerb und Leistungsbereitschaft – drohen ausgehebelt zu werden.

Die Bürger sind nicht schuldlos daran, wenn sie sich gern Wohltaten versprechen und unbezahlbare Geschenke machen lassen.

Wirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherheit werden immer häufiger – sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Entscheidungsträgern – als sich gegenseitig aufhebende Gesellschaftsordnungen wahrgenommen. In der Abwägung schlägt dann das Pendel immer häufiger zugunsten einer vermeintlichen sozialen Absicherung aus. In der Bevölkerung verliert die Wertschätzung der Freiheit stetig an Unterstützung, in der Politik wird sie nachhaltig untergraben. In der Rangliste der ökonomisch freien Staaten ist Deutschland in den letzten 25 Jahren von Platz 9 auf Platz 18 gefallen².

Dabei unterstützen auch Unternehmen die antiökonomischen Reflexe der Gesellschaft. Einfach nur Gewinne zu erwirtschaften, so wie es Milton Friedman noch von einem verantwortlichen Unternehmen verlangte, scheint nicht mehr genug zu sein. Vielmehr unterstreichen Unternehmen ihre »Nachhaltigkeit«, »Umweltfreundlichkeit« sowie »soziale Verantwortung« und finanzieren teure Imagekampagnen, um sich das Bild eines »moralischen« Unternehmens anzuhängen. Dabei ruft Patrick Moore, einer der Gründer von Greenpeace, den Unternehmen zu: Wenn euer Produkt oder eure Dienstleistung den Menschen nützt und der Umwelt nicht schadet, dann steht gefälligst dazu³.

Der Wert der Freiheit in der Wirtschaft wird nicht nur nicht geschätzt, sondern wird von neo-sozialistischen Meinungsträgern gleichbedeutend mit Ausbeutung und moralisch fragwürdigem Verhalten verwendet. Die Tatsache, dass Oskar Lafontaine Passagen des kommunistischen Manifestes in das Parteiprogramm der Partei Die Linke einbauen will⁴ oder die Verstaatlichung von Konzernen fordert⁵, sowie mit Hugo Chávez und Evo Morales zwei lateinamerikanische Staatschefs die sozialistische Revolution samt Enteignungen durchsetzen wollen⁶, muss jeden Liberalen erschauern lassen. Solchen neo-sozialistischen Tendenzen muss entschieden und rechtzeitig entgegengetreten werden.

Dass wirtschaftliche Freiheit überhaupt zur Selbstbestimmung befähigt, scheint vielen nicht einzuleuchten. Basierend auf John Lockes Eigentumsanspruch an den Früchten der eigenen Arbeit argumentiert der Gegenwartsphilosoph Robert Nozick, dass ein über-

bordender Sozialstaat eine Teilenteignung des Bürgers sowie die Leugnung seines moralisch-rechtlichen Anspruches darauf bedeutet, was er sich erarbeitet hat. Der Staat, so Nozick, setze sich über die Talente, Fähigkeiten und Begabungen hinweg und verletze damit das Recht des Bürgers, sein eigener Herr zu sein. Der umverteilende Wohlfahrtsstaat verwandelt seine Bürger in Teilzeitsklaven mit schwindendem Eigentum, schreibt Nozick⁷. Auch in Demokratien ist offenbar die Freiheit bedroht und hat nur wenige konsequente Fürsprecher.

Wortführerin der Freiheit

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat daher im Jahr 2007 ihren traditionsreichen Namen um den zentralen Grundwert unserer Gesellschaft erweitert: den der Freiheit. Die Stiftung möchte damit unmissverständlich und sichtbar klar stellen, dass sie sich als eine Wortführerin der Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung versteht. Dies ist keine Neuausrichtung der Stiftungsarbeit, sondern vielmehr eine Bestätigung der Bedeutung der Freiheit in den Bemühungen der letzten 50 Jahre.

Die Freiheit stand und steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir wollen Vertrauen in die Freiheit vermitteln, wir wollen jeden Einzelnen dazu anspornen, seine Freiheitspotenziale zu erkennen und zu nutzen. Nur eine freiheitliche Gesellschaft ist gerecht und solidarisch. Viel zu oft muss die Freiheit vor vermeintlich höheren Werten weichen, wie Sicherheit und Gleichheit. Dabei ist beides nur auf der Grundlage freiheitlichen Denkens und Handelns erreichbar. Viel zu oft stehen Angst und Risikoscheue im Mittelpunkt wirtschaftlicher Debatten. Dabei ist die globale Öffnung von Märkten und Gesellschaften eine großartige Chance und Errungenschaft. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, wie sie jetzt heißt, sieht ihre Aufgabe darin, für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung einzustehen, und deren gesellschaftliche Bedeutung aufzuzeigen.

Eine Ordnung der Freiheit

Freie Marktwirtschaft und gesellschaftliche

Verantwortung sind keine gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen. Im Gegenteil: sie bedingen einander. Die meisten Menschen wollen ihr Glück und ihre Vorstellungen frei entfalten können. Indem Menschen sich frei entfalten, binden sie sich auch, da sie sehen, dass die Erreichung der Ziele nie alleine, sondern nur in Interaktion mit anderen geht. Die Verwaltung von Transferleistungen ist nicht nur eine das Individuum isolierende, sondern auch eine Gesellschaft ignorierende Politik. Es bedarf einer Ordnung der Freiheit, welche die Verantwortung jedes Bürgers für sich und andere fördert und belohnt.

Eine Ordnung der Freiheit bedeutet so formulierte es Bundespräsident Horst Köhler⁸: Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Aber das Spiel machen die Bürger. Und die Regeln lauten: Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen, Sicherung vor den großen Lebensrisiken und Haftung für das eigene Handeln. Ein moderner Wohlfahrtsstaat schützt zwar vor Not, aber er gibt weder vor, Teilhabe an der Gesellschaft ohne Eigenleistung erreichen noch einen einmal erreichten Lebensstandard garantieren zu können.

Freiheit verstehen wir daher als negative Freiheit – als Abwehr- und Abgrenzungsrecht zum Schutz selbstbestimmter Freiheitsrechte – und nicht als positiven Begriff für materiellen Anspruch. Nur indem Freiheitsräume wieder hergestellt werden, sind die Möglichkeit und die Notwendigkeit geschaffen, Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Es gilt, die Chance wahrzunehmen, den wichtigen Schritt vom Fürsorgestaat zur freien Marktwirtschaft zu gehen. Zwar sind erste zaghafte Schritte als Reaktion auf den Anpassungsdruck durch die Weltwirtschaft erkennbar, sie weichen aber immer noch dem globalen Wettbewerb aus.

Leistungsbereitschaft stärken heißt die Gesellschaft stärken

»Wohlstand für alle« kann heute kein Staat garantieren – umso mehr gilt es, »Chancen für

alle« zu gewährleisten. Die Freiheit des Einzelnen ist nicht von staatlichen Wohltaten abhängig, sondern von seiner Fähigkeit, Chancen wahrzunehmen. Nur der selbstverantwortliche Mensch wird in einer offenen Welt auch seine materielle Selbstbestimmung erlangen und der Staatsabhängigkeit entgehen. Wir müssen in der Gesellschaft wieder die Akzeptanz dafür schaffen, dass Leistungsstärke Anerkennung findet, denn nicht staatliche Wohltaten sind ein Gewinn für eine Gesellschaft, sondern die Bereitschaft jedes Einzelnen, Verantwortung für sich und andere wahrzunehmen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sieht ihre Aufgabe auch in Zukunft darin, für die Marktwirtschaft einzutreten und Wettbewerbsfreiheit und Leistungsbereitschaft zu verteidigen und einzufordern. Denn nur so lässt sich eine freiheitliche Gesellschaft erhalten. Jeder sollte entsprechend seinen Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten. Von Walther Rathenau stammt der Satz: »Die Klage über die Schärfe des Wettbewerbs ist in Wirklichkeit nur eine Klage über den Mangel an Einfällen«.

1 Karen Horn (2007): Freiheit in der Marktwirtschaft, in: liberal 49. Jg. Dezember, S. 10.

2 Economic Freedom of the World 2007, S. 89.

3 Dirk Maxeiner/Michael Miersch (2007): Mehr Lambsdorf, weniger Kuschnel, in: Der Freiheit verpflichtet, Band 2, Beiträge zum 80. Geburtstag von Otto Graf Lambsdorf, herausgegeben von Jürgen Morlok, S. 121.

4 <http://www.morgenpost.de/desk/1897491.html> am 17. 04. 2008.

5 http://www.welt.de/politik/article1897595/Lafontaine_fordert_Verstaatlichung_von_Konzernen.html am 17. 04. 2008.

6 Claudia Zilla (2006): Die neue politische Landkarte Lateinamerikas, SWP-Aktuell.

7 Robert Nozick (2006): Anarchie, Staat, Utopia, S. 229f.

8 Horst Köhler: Reden und Interviews Band 1, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 171f.